



Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.



Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

die lobby für kinder



Sozialverband Deutschland
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Volksinitiative Kinderrechte stärken – Armut bekämpfen

Pressemitteilung

Sperrfrist 19. Dezember 2008, 11.00 Uhr

Muhliusstr. 87
24103 Kiel
Für Rückfragen:
torsten.rosenkranz@sovd-sh.de
Tel.: 0431-98 38 882
werner.geest@awo-sh.de
Tel.: 0431- 5114 102

Kiel, 19.12. 2008

Verbände starten Volksinitiative in Schleswig-Holstein: Verfassungsreform für Kinderrechte und Armutsbekämpfung

Die Schleswig-Holsteinischen Landesverbände der Arbeiterwohlfahrt, des Kinderschutzbundes und des Sozialverbandes Deutschland beginnen heute, am 19. Dezember 2008, mit einer landesweiten Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative zur Reform der Landesverfassung.

Erreicht werden soll, dass die Verfassung die Herstellung kindgerechter Lebensverhältnisse als Ziel vorgibt, dass der Schutz der Kinder vor Armut als Verfassungsauftrag verankert und dass die Stellung der Kinder durch die Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung gestärkt wird.

Bereits im Jahr 2006 hatten die drei Verbände - zusammen mit dem Landesjugendring - eine Informationskampagne unter dem Motto „Gemeinsam gegen Kinderarmut“ organisiert und landesweit im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen ihre Forderungen zur Diskussion gestellt.

AWO-Landesgeschäftsführer **Volker Andresen** verwies zum Start der Volksinitiative auf die Ergebnisse der ersten und bislang einzigen Längsschnittstudie zur Kinderarmut, die im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) erstellt wurde:

„Die AWO/ISS-Kinderarmutsstudie weist nach: Wirkungsvolle Armutsprävention muss sowohl beim Ausbau der Infrastruktur wie auch bei der Verteilung von materiellen Leistungen ansetzen. Für uns ist klar: Kinder und Familien brauchen beides – genügend Geld und eine qualitativ hochwertige Infrastruktur. Deshalb fordern wir im Zusammenhang mit der Volksinitiative in unserem „Sieben-Punkte-

Aktionsprogramm“ auch den kostenlosen Kita-Besuch und die Einführung einer eigenständigen Grundsicherung für Kinder.“

Kinderarmut ist in unserer reichen Gesellschaft nach wie vor eine bedrückende Realität. Bundesweit leben fast zwei Millionen Kinder im Alter von unter 18 Jahren von der Sozialhilfe. In Schleswig-Holstein sind es derzeit etwa 81.000.

Unter Armutbedingungen aufzuwachsen, bedeutet massive Beeinträchtigungen von Lebenschancen auf allen Ebenen. Arme Kinder sind oft weniger gesund als ihre Altersgenossen aus besser gestellten Elternhäusern. Sie haben deutlich schlechtere Chancen auf Bildung als diese. Eine reiche Gesellschaft, die Kinderarmut zulässt, übt strukturelle Gewalt gegen diese Kinder aus, indem sie ihnen Chancen auf Verwirklichung verweigert.

Irene Johns, Vorsitzende des Kinderschutzbundes Schleswig-Holstein, unterstrich: „Wer die Kinderrechte in der Verfassung verankert, muss notwendigerweise die Kinderarmut bekämpfen. Denn die Chancengleichheit für alle Kinder im Bereich Bildung, Gesundheit, Lebenslagen ist nur zu verwirklichen, wenn gleichzeitig die materiellen Lebensbedingungen der Kinder verbessert werden.“

Vor diesem Hintergrund haben die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Kinderschutzbund und der Sozialverband in Schleswig-Holstein beschlossen, ihre im Jahre 2006 gestartete Kampagne „Gemeinsam gegen Kinderarmut“ im Rahmen einer Volksinitiative fortzusetzen.

Erforderlich sind 20.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern des Landes, damit der Landtag sich mit dem Gesetzentwurf der Volksinitiative (s. Anlage) befassen muss.

Für den Sozialverband Deutschland betonte der sozialpolitische Sprecher **Torsten Rosenkranz**:

„Die Zukunft unserer Kinder geht uns alle an. Wir als Generationen übergreifender Verband stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der jung und alt, arm und reich in Würde leben können. Zu einem Leben in Würde gehört vor allem gesellschaftliche Teilhabe. Insbesondere die Lebenschancen der Kinder dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.“

Unterstützt wird die Aktion auch vom **Bezirk Nord des Deutschen Gewerkschaftsbundes**. In einer Stellungnahme des DGB heißt es dazu:

„Diese Initiative der drei seit langem im Bereich Kinderschutz und Kinderrechte aktiven Organisationen unterstützt der DGB Nord ausdrücklich. Denn auch die Stärkung von Kinderrechten entspricht der grundsätzlichen Zielsetzung des Sozialen Bündnisses Schleswig-Holstein, nämlich den gemeinsamen Grundwerten Gerechtigkeit, Solidarität und sozialem Ausgleich wieder Vorrang einzuräumen in den Debatten und Entscheidungsprozessen über die Zukunft unseres Sozialstaates auch vor dem Hintergrund der Folgen der Globalisierung.“

Gemeinsam erklärten die Vertreter der drei Verbände:

„Wir wissen, dass die Verfassungsreform allein nicht ausreicht, um Kinderarmut, Ausgrenzung und soziale Ungleichheit wirksam zu bekämpfen. Wir wissen aber

auch, dass eine Initiative aus dem Volk, die von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt und von wichtigen Verbänden der Zivilgesellschaft getragen wird, über den Skandal der Kinderarmut in unserem reichen Land aufklären und Bewusstsein schaffen kann.

Deshalb bitten wir die Bürgerinnen und Bürger, unterstützen Sie mit ihrer Unterschrift die Volksinitiative. Und wir bitten Sie darum, unser Aktionsprogramm mit sieben konkreten Forderungen gegen Kinderarmut zu prüfen und sich ihm anzuschließen.“

Anlage:

Gesetzentwurf der Volksinitiative „Kinderrechte stärken – Armut bekämpfen“ zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein